

Interview mit Professor Dr. Axel Börsch-Supan **Druckfassung, Januar 2007**

Professor Axel Börsch-Supan ist Direktor des Mannheimer Forschungsinstitutes Ökonomie und Demographischer Wandel (MEA) und Spezialist für wissenschaftliche Forschungsthemen an der Schnittstelle zwischen Sozialpolitik und Volkswirtschaft. Er wehrt sich in diesem Interview gegen "Katastrophenszenarien" in der Demografie-Debatte, fordert aber zugleich zu entschlossenem Reformhandeln auf, um den Folgen der gesellschaftlichen Alterung zu begegnen. Vor allem müsse Deutschland mehr Menschen in Beschäftigung bringen. Wenn es gelinge, die Beschäftigungsquote in Deutschland auf das deutlich höhere Beschäftigungsniveau der Schweiz oder Dänemarks zu steigern, könne ein Teil des in den kommenden Jahrzehnten erwarteten demografischen Schocks abgefedert werden. Mit Axel Börsch-Supan sprach Carsten Seim.

Wenn in den Jahren 2015 bis 2030 die Babyboomer-Generation in Rente geht, werden wir auf einen Schlag doppelt so viele Rentner haben wie heute. Gleichzeitig geht die Zahl der Erwerbstätigen deutlich zurück, weil wir immer weniger jüngere Menschen haben werden, die als Erwerbstätige in die Gesetzliche Rentenversicherung einzahlen. Ist dieser demografische Schock überhaupt zu meistern, Herr Professor Börsch-Supan?

Professor Börsch-Supan: Ich wehre mich gegen Katastrophenszenarien, die manche vor dem Hintergrund der demografischen Veränderungen entwickeln. Richtig ist: Das Aufeinanderfolgen von Babyboom und Pillenknick ist ein historisches Ereignis, das nicht mehr rückgängig zu machen ist. Unabänderlich ist, wie viele Menschen in den 50er, 60er Jahren geboren wurden und in den Jahren 2015 bis 2030 in Rente gehen werden. Unabänderlich ist auch, dass in den nachfolgenden Jahrzehnten zu wenige Kinder geboren wurden. Wie aber das Verhältnis von Erwerbstätigen und Rentnern in Zukunft aussehen wird, ist deshalb keineswegs in Stein gemeißelt. Es kann sich auch deutlich günstiger entwickeln.

Und wie soll das gehen?

Professor Börsch-Supan: Wir müssen in Deutschland mehr Menschen in Beschäftigung bringen. In der Schweiz oder in Dänemark haben 77 beziehungsweise knapp 76 Prozent der erwerbsfähigen Bevölkerung eine Arbeit. In Deutschland liegt diese Quote um rund 10 Prozentpunkte niedriger. Wir brauchen sicher einen Niedriglohnsektor, der gering Qualifizierten den Zutritt zum Arbeitsmarkt ermöglicht. Es würde viel helfen, wenn diese Menschen wenigstens geringfügig arbeiten würden. Zum anderen steigt die Beschäftigungsquote, wenn die Menschen - vor allem auch die Qualifizierten, die die hoch produktive Wirtschaft der Zukunft dringender denn je brauchen wird - länger arbeiten. Ein internationaler Vergleich der Altersbeschäftigungsquoten dokumentiert den Nachholbedarf, den Deutschland hier hat (siehe Grafik).

Was kann man tun, um die Altersbeschäftigungsquote in Deutschland anzuheben?

Professor Börsch-Supan: Wir müssen die über 50-Jährigen in Deutschland ernst nehmen. Es gibt keine wissenschaftliche Evidenz, dass die Menschen im Produktionsprozess im Alter zwischen 50 und 60 Jahren weniger produktiv wären als jüngere. Zwar nimmt mit dem Alterwerden die körperliche Leistungsfähigkeit ab, aber diese ist in der Wissensgesellschaft weniger wichtig. Dafür steigen aber Erfahrung, Menschenkenntnis und Organisationswissen im Alter. Gepaart mit einer verbesserten Fort- und Weiterbildung bis ins hohe Alter haben wir hier enorme Potenziale.

Was ist, wenn es uns nicht gelingt, die Beschäftigungsquote heraufzusetzen?

Professor Börsch-Supan: Dann werden wir pro Jahr ungefähr einen ganzen Prozentpunkt Wirtschaftswachstum verlieren, weil zunehmend weniger Menschen an der Wertschöpfung beteiligt sind. Würden wir aber in den nächsten zehn Jahren eine Beschäftigungsquote wie in der Schweiz erreichen und dieses Niveau in den zehn folgenden Jahren halten können, so wären wir lediglich mit einem Wachstumsverlust von 0,2 bis 0,3 Prozentpunkten konfrontiert. Dies kann durch kapitalintensivere, produktivere Industrien ausgeglichen werden. Kann mehr Einwanderung helfen, unsere demografischen und damit auch künftigen Wachstumsprobleme zu lösen?

Professor Börsch-Supan: Zuwanderung hilft natürlich, vor allem, wenn die Zuwanderer hoch qualifiziert sind. Aber man darf sich davon auch nicht zu viel versprechen. Es wird in den nächsten 30 Jahren rund 10 Millionen mehr Rentner geben, und gleichzeitig werden wir rund 8 Millionen weniger Erwerbstätige haben, wobei die Prognosen hier eine Schwankungsbreite haben, die zwischen sechs und 12 Millionen liegt. Unabhängig davon ist aber klar, dass man einen solchen Rückgang durch Zuwanderung nicht kompensieren kann!

Zurzeit bringt jede Frau in Deutschland statistisch betrachtet 1,34 Kinder zur Welt. Um die gesellschaftliche Alterung zu stoppen, müssten es mehr als zwei Kinder pro Frau sein. Glauben Sie, dass unser Land wieder fruchtbarer wird?

Professor Börsch-Supan: Zurzeit ist bei den Geburtenraten keine Veränderung feststellbar. Ich glaube aber, dass Gesellschaften lernfähig sind. Wir reden im Moment sehr viel über Familien. Das ist ein großes gesellschaftliches Thema geworden. Dass sich im Anschluss daran das Geburtenverhalten ändern wird, ist plausibel. Aber wann das geschehen wird, kann man nicht vorhersagen.

Sollte der Staat stärkere finanzielle Anreize setzen, Kinder zu bekommen?

Professor Börsch-Supan: Es bringt wenig, wenn wir hier und da ein bisschen fördern. Aber ein verstärktes Investment in eine flächendeckende kostenlose Kinderbetreuung, die es Frauen ermöglicht, Kind und Karriere zu vereinbaren, wäre sicher wirksam. Ich gehe davon aus, dass viele Frauen unerfüllte Kinderwünsche haben, die sie aber zurückstellen, weil sie gleichzeitig berechtigterweise arbeiten möchten - und zwar den Männern gleichberechtigt. Der Staat muss die entsprechenden Rahmenbedingungen schaffen. Allerdings muss man all denen, die nach mehr Kindern rufen, auch nüchtern sagen: Kinder bringen uns natürlich langfristig weiter, aber sie werden uns nicht helfen, was die Situation in 2020 angeht.

Sie haben einmal gesagt, dass der demografische Wandel sich in seinen Auswirkungen zwar langsam, aber mit der unaufhaltsamen Wucht eines Gletschers nähert. Welche Handlungsoptionen haben wir da?

Professor Börsch-Supan: Da gibt es drei ganz simple Regeln:

1. Mehr sparen und privat vorsorgen
2. Mehr arbeiten und damit mehr Volumen schaffen, und
3. offener und optimistischer sein:

Wir richten unseren Blick zu sehr auf Deutschland und zu wenig ins Ausland. Hier liegen Chancen, zum Beispiel bei der Kapitalanlage. Wir brauchen insgesamt mehr Kreativität und Offenheit in der Demografiedebatte. Die Problemlösung setzt sich aus vielen Mosaiksteinchen zusammen. Dazu gehört sicher auch Einwanderung, auch wenn diese nur einen kleinen Beitrag zur Problemlösung bietet. Ich plädiere durchaus dafür, qualifizierte Einwanderer nach Deutschland zu holen, die wir vergleichbar mit Ländern wie Kanada nach Bedarf auswählen. Und wir sollten uns bewusst sein, dass der demografische Wandel auch Chancen für uns bringt.

Und welche Chancen bringt uns der demografische Wandel?

Professor Börsch-Supan: Es gibt eine emotionale Komponente, die nicht in mein Fachgebiet der Ökonomie gehört. Wir leben länger, und wir leben länger gesund. Durch den medizinischen Fortschritt und auch durch eine gesündere Lebensweise erleben wir das, was Fachleute als "Kompression der Morbidität" bezeichnen. Krankheiten des Herz- und Kreislaufsystems beispielsweise treten in vielen Fällen erst kurz vor dem Tod auf, weil wir einerseits gesünder leben und zum anderen die Therapien für solche Krankheiten immer weiter fortschreiten. Dies gilt zum Beispiel auch für die Altersdiabetes. Es geht uns einfach lebenslang länger besser. Der medizinische Fortschritt ist ein Geschenk des Himmels. Der demografische Wandel eröffnet uns aber auch aus ökonomischer Sicht neue Chancen. Wenn die Menschen länger aktiv leben - Fachleute bezeichnen das als active live expectancy - dann geben sie auch mehr Geld aus. Sie fragen eine ganze Reihe von Gütern und Dienstleistungen nach, die sie bisher nicht nachgefragt haben. Das bringt neue Chancen für die Wirtschaft - zum Beispiel im Bereich der Gesundheitsdienstleistungen.

Vom Jahr 2012 wird das gesetzliche Renteneintrittsalter von derzeit 65 stufenweise auf 67 Jahre im Jahr 2029 angehoben. Ist das sozial gerecht?

Professor Börsch-Supan: Ja, das ist sozial gerecht, weil damit die Lasten gerecht verteilt werden. Die Menschen werden heute im Durchschnitt drei Jahre älter als noch 1980 (Grafik). Experten gehen davon aus, dass die Lebenserwartung in den kommenden beiden Jahrzehnten weiter steigen wird. Die Menschen im Jahr 2029 werden zwei Jahre später in Rente gehen. Weil sie aber im Durchschnitt voraussichtlich drei Jahre länger leben, werden sie unterm Strich ein Jahr länger Rente beziehen. Dadurch, dass sie zwei Jahre länger arbeiten, finanzieren sie ihre um ein Jahr längere Rentenbezugsdauer. Diese Zwei-zu-Eins-Regel ist wichtig: Bislang arbeiten die Menschen im Durchschnitt 40 Jahre lang und beziehen danach 20 Jahre Rente. Die Rente mit 67 erhält diese 2:1-Proportion vor dem Hintergrund der gestiegenen Lebenserwartung auch für die Zukunft. Deshalb ist die Rente mit 67 nur adäquat und gerecht.

Reicht die Rente mit 67 verbunden mit Riester- und Nachhaltigkeitsfaktor aus, die Gesetzliche Rentenversicherung demografiefest zu machen?

Professor Börsch-Supan: Ich war in der Rürup-Kommission an der Entwicklung dieses Modells beteiligt. Die Rentenbaustelle ist fast fertig. Aber es gibt noch wichtige Restarbeiten. Die Abschläge, die Menschen hinnehmen müssen, wenn sie früher in Rente gehen, sind niedriger als dies aus versicherungsmathematischer Sicht geboten wäre. Damit ist der Anreiz zur Frühverrentung noch zu hoch. Umgekehrt bringt es finanziell wenig, länger zu arbeiten und später in Rente zu gehen. Zudem gibt es jede Menge kleine Ausweichmöglichkeiten, vorzeitig in den Ruhestand zu gehen. Und die Politik kommt regelmäßig mit Vorschlägen, die neue Frühverrentungsanreize bringen. Ein Beispiel dafür ist der Vorstoß des nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Jürgen Rüttgers, älteren Arbeitslosen länger Arbeitslosengeld zu zahlen. Das wäre ein neuer Tunnel in die Frühverrentung. Zynisch finde ich die Einstellung, die hinter einem solchen Vorschlag steht: "Eigentlich brauchen wir die Alten nicht, und jetzt sorgen wir mit neuen Transferleistungen dafür, dass sie vermeintlich

sozial verträglich aus dem Arbeitsleben verschwinden." Wenn sich das Leben deutlich verlängert, muss sich auch die Lebensarbeitszeit verlängern.

Durch die oben angesprochenen Maßnahmen sinkt das Bruttorenten-Niveau von derzeit 48 Prozent des Bruttoeinkommens auf rund 40 Prozent, möglicherweise auch darunter.

Professor Börsch-Supan: Die Reform der Gesetzlichen Rente fußt auf einem Mehrsäulenmodell. Dazu gehört: zwei Jahre länger arbeiten - damit kommt man auf 42 Prozent. Wenn man zusätzlich noch in vollem Umfang von der staatlich geförderten Riester-Ersparnis Gebrauch macht, liegt man wieder bei 48 Prozent. Man darf nicht hingehen und nur eine Säule isoliert betrachten: Es ist ein genuines Mehrsäulenmodell! Und deshalb muss man die aktuellen 48 Prozent mit dem entsprechenden Mehrsäulenbrutto-Rentenniveau vergleichen. Das liegt auch wieder bei 48 Prozent.

Über den Nachhaltigkeitsfaktor soll die Rentenentwicklung dem Lohnniveau angepasst werden. Allerdings hat die Politik im Jahr 2005 und 2006 Minusrunden durch eine Niveausicherungsklausel ausgeschlossen. Ist das sozial?

Professor Börsch-Supan: Nein. Wenn die Einkommen in einem Land insgesamt sinken, kann man die Rentner nicht von solchen Entwicklungen ausnehmen. Das ist auch politisch eine riskante Sache, weil man zu Ungunsten der Jüngeren umverteilt. Wenn die Erwerbstätigen Minusrunden erleben, muss das auch bei der absoluten Rentenhöhe - also dem, was in Euro und Cent beim Empfänger ankommt - Auswirkungen haben.

Menschen mit 45 Beitragsjahren sollen nach dem Willen der Bundesregierung auch vor dem 67. Lebensjahr abschlagsfrei in Rente gehen können. Wie ist das aus wissenschaftlich-ökonomischer Sicht zu beurteilen?

Professor Börsch-Supan: Das ist nicht systemrichtig. Die Kalkulation einer Rentenversicherung muss sich danach richten, wie lange Rente bezogen wird. Die Lebenserwartung ist die entscheidende Größe, insbesondere die fernere Lebenserwartung. Deshalb ist es richtig, dass das Renteneintrittsalter angehoben wird, weil die Menschen älter werden. Eine Ausnahmeregelung für Menschen mit 45 Beitragsjahren ist zudem ungerecht, weil sich die Anzahl der Beitragsjahre bereits in der Rentenhöhe widerspiegelt.

Ist diese Einsicht in die Notwendigkeit privater Vorsorge für das Alter Ihrer Meinung nach bereits breit genug in den Köpfen der Menschen angekommen?

Professor Börsch-Supan: Diese Einsicht ist vor allem in der breiten Mittelschicht in Deutschland angekommen, und das ist für mich der wichtigste Fortschritt in der Rentendebatte. Babyboom und Pillenknick produzieren in 20 Jahren eine schnelle Abfolge von vielen Rentnern und vergleichsweise wenigen Erwerbstätigen. Die Konsequenz ist, dass die Babyboomer einen Teil ihrer Altersvorsorge selbst finanzieren müssen.

In einem Focus-Streitgespräch hat Norbert Blüm ("Die Renten sind sicher!") im Herbst 2006 noch einmal den Standpunkt vertreten, dass die Gesetzliche Rente sicherer sei als eine privat finanzierte Rente. Seine Begründung: Durch Beiträge entstandene Rentenansprüche stünden unter Eigentumsschutz. Hat der frühere Sozialminister Recht?

Professor Börsch-Supan: Nein. Die Gesetzliche Rente hängt ebenso wie kapitalgedeckte Systeme der Altersvorsorge davon ab, dass wir Wachstum haben. Zudem: Enteignung hat es im Umlageverfahren gegeben, wenn der Staat kurzerhand das Rentenrecht geändert hat. Und Enteignung hat es ebenso im Kapitaldeckungsverfahren gegeben. Insofern

unterscheiden sich beide Verfahren nicht. Deshalb ist Blüms Aussage sachlich falsch. Unabhängig davon: Die Rente der Zukunft wird auf mehreren Säulen ruhen und nicht ohne private Vorsorge auskommen.

Was machen aber jene, die keine finanziellen Spielräume für die private Vorsorge haben?

Professor Börsch-Supan: Wer nicht privat vorsorgen kann, findet sich später in einem niedrigeren Rentenniveau wieder. Für diese Menschen greift die von der Allgemeinheit finanzierte Grundsicherung.

Auch die kapitalgedeckte private Altersvorsorge hat demografiebedingte Probleme. Die Rede ist vom so genannten "Asset Meltdown" - dem Dahinschmelzen der Renditen, wenn in die Babyboomer auf einen Schlag ihre angesparten Aktienpakete auf dem Markt zu Geld machen wollen, um ihren Alterskonsum zu finanzieren.

Professor Börsch-Supan: Dieses Problem lässt sich nicht leugnen. Die Renditen werden sinken - und zwar um rund einen Prozentpunkt. Das ist nicht ganz harmlos, aber dennoch lohnt sich eine richtig betriebene private Altersvorsorge. Eine alternde Gesellschaft benötigt mehr, nicht weniger Kapital. Wenn die Arbeitskräfte knapp werden, muss Arbeit in zunehmendem Maß durch Kapital ersetzt werden. Diese steigende Nachfrage nach Produktivkapital - wie Maschinen und Computer - wird den Kapitalbedarf vor allem in der für den Asset Meltdown kritischen Phase um 2030 erhöhen. Insofern wird es Abnehmer für die angesparte Kapitaldeckung geben, die dann vererbt werden soll. Wer ganz sicher gehen will, sollte sein Kapital für den Lebensabend möglichst nicht nur in Deutschland anlegen, sondern zum Beispiel auch in den USA oder in Großbritannien, wo die demografische Entwicklung günstiger verläuft.

Schatzbriefe galten früher als sichere Anlage. Sind Staatsanleihen sicherer als zum Beispiel Aktienfonds?

Professor Börsch-Supan: Nein. Denn auch bei Staatsanleihen findet ein Umlageverfahren statt. Wer diese kauft, investiert in die Schulden eines Staates, die später von unseren Kindern und Kindeskindern bezahlt werden müssen. Aber ebenso wie die Zahl der Rentenbeitragszahler wird die Zahl der Steuerzahler in Deutschland bedingt durch den demografischen Wandel abnehmen. Daher schnappt bei Staatsanleihen die gleiche Falle zu wie beim Umlageverfahren der Gesetzlichen Rentenversicherung.

In Misskredit geraten ist private Vorsorge auch durch die schweren Krisen amerikanischer Betriebsrentenfonds wie denen von United Airlines und Polaroid. Was kann man tun, um Geld für die private Altersvorsorge sicher anzulegen?

Professor Börsch-Supan: Seine private Altersvorsorge sollte man auf keinen Fall in dem Unternehmen anlegen, wo man sein Arbeitsplatzrisiko hat. Das ist grundsätzlich jedem zu raten, der eine sichere private Altersvorsorge betreiben will. Das eigene Unternehmen sollte nicht auch noch die Verfügungsgewalt über die Betriebsrenten haben. Unternehmen müssen den Mitarbeitern außerhalb der eigenen Firma Altersvorsorge ermöglichen.

Das Interview mit Professor Axel Börsch-Supan führte Carsten Seim.